

Helmut Fuchs

Österreichisches Strafrecht
Allgemeiner Teil I

Grundlagen und Lehre
von der Straftat

Fünfte, überarbeitete Auflage

Springers Kurzlehrbücher
der Rechtswissenschaft

SpringerWienNewYork

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXI
-----------------------------	-----

I. Abschnitt: Allgemeine Grundlagen

1. Kapitel: Begriff und Gliederung des Strafrechts	1
I. Normen und Werte	1
II. Das Wesen der Strafe	3
1. Übelscharakter	3
2. Tadelfunktion	3
III. Abgrenzung der Strafe von ähnlichen Rechtsfolgen	4
2. Kapitel: Zweck und Rechtfertigung der Strafe	7
I. Die Strafrechtstheorien	7
II. Zweck und Legitimation der Strafe in heutiger Sicht	9
1. Strafzwecke	9
a) Spezialprävention	9
b) Generalprävention	10
c) Ablehnung der Vergeltung als Strafzweck	10
2. Die Unentbehrlichkeit des Strafrechts	11
3. Schuld als Voraussetzung der Strafe	12
a) Schuld als persönliche Vorwerfbarkeit	12
b) Sittlich neutrale Schuld?	12
aa) Schuld als Ausfluß der präventiven Bedürfnisse	12
bb) Der „reduzierte“ Schuldbegriff	13
c) Strafrechtliche Schuld als sozial-ethischer Vorwurf	14
4. Rechtfertigung der Strafe durch Schuld und kriminalpolitische Notwendigkeit	15
III. Versagen der schuldangemessenen Strafe in besonderen Situationen	16
IV. Diversion statt Strafe	17
3. Kapitel: Geschichte, Rechtsquellen, Literatur	20
I. Zur Geschichte des österreichischen Strafrechts	20
1. Das alte Strafrecht	20
2. Strafgesetzbuch 1974 (StGB 1974)	20
3. Änderungen seit 1975	21
II. Rechtsquellen	22
III. Literatur und Entscheidungen	24
1. Gesetzesausgaben	24
2. Lehrbücher und Kommentare	24
3. Entscheidungen	26
4. Aufsätze und Monographien	27
5. Elektronische Medien	27

4. Kapitel: Auslegung und Lückenschließung; keine Strafe ohne Gesetz	28
I. Auslegung (Interpretation) als notwendige Voraussetzung jeder Rechtsanwendung	28
II. Methodische Regeln der Auslegung	28
1. Allgemeines	28
2. Einzelne Auslegungsregeln	29
a) Wortinterpretation	29
b) Systematische Interpretation	29
c) Historische Interpretation	29
d) Teleologische Interpretation	30
III. Exkurs: In dubio pro reo und in dubio mitius	31
IV. Auslegung im engeren Sinn und Analogie	31
V. Keine Strafe ohne Gesetz (nullum crimen, nulla poena sine lege) als besondere Auslegungsregel des Strafrechts	32
1. Das Wesen der Nulla-poena-sine-lege-Regel	32
2. Das sogenannte Analogieverbot (nulla poena sine lege stricta)	33
a) Inhalt	33
b) Reichweite	34
c) Verfassungsrechtliche Absicherung	35
3. Das Rückwirkungsverbot	35
a) Begriff der Rückwirkung	35
b) Inhalt des Rückwirkungsverbotes	35
4. Verbot des Gewohnheitsrechtes	36
5. Das Bestimmtheitsgebot	37
5. Kapitel: Der internationale Anwendungsbereich des österreichischen Strafrechts (sog Internationales Strafrecht)	38
I. Das Wesen des Strafanwendungsrechts	38
1. Anwendung des innerstaatlichen materiellen Strafrechts	38
2. Völkerrechtliche Anknüpfungspunkte	38
3. Strafanwendungsrecht	39
II. Die konkrete Regelung in Österreich (§§ 62 bis 67 StGB)	39
1. Territorialitätsprinzip	39
2. Personalitätsprinzip	40
3. Schutzprinzip	40
4. Universalitätsprinzip (Prinzip der Weltstrafrechtspflege)	41
5. Prinzip der stellvertretenden Strafrechtspflege	42
6. Anrechnung der im Ausland verbüßten Strafe	43
III. Auslieferung in das Ausland	44
1. Begriff und gesetzliche Grundlagen	44
2. Grundsätze des Auslieferungsrechts	44

II. Abschnitt: Die Lehre von der Straftat

A) Grundlagen

6. Kapitel: Elemente der Straftat	47
I. Grundbegriffe	47
II. Die Straftat als Handlung	48
III. Weitere Merkmale der Straftat	49
7. Kapitel: Die Handlung	51
I. Die verschiedenen Handlungsbegriffe	51
II. Zur Bedeutung der finalen Handlungslehre	51

III. Aufgabe des Handlungsbegriffes	52
IV. Formal-abstrakter Handlungsbegriff	52
8. Kapitel: Die verschiedenen Verbrechenssysteme (Straftatsysteme)	54
I. Der analytische Verbrechenbegriff	54
II. Die einzelnen Verbrechenssysteme	55
1. Der klassische Verbrechenbegriff (objektive Unrechtslehre; Beling, Rittler, Nowakowski im Lehrbuch)	55
2. Lehre von den subjektiven Unrechtselementen	56
3. Die moderne Verbrechenlehre (personale Unrechtslehre)	57
9. Kapitel: Grundformen der Straftaten	60
I. Inhaltliche Einteilungen	60
1. Begehungs- und Unterlassungsdelikte	60
2. Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte	61
3. Einteilung nach dem Rechtsgut	62
II. Formale Einteilung: Verbrechen und Vergehen	62
 B) Das Begehungsdelikt als Modellfall	
a) Begründung des Unrechts durch den Tatbestand	
10. Kapitel: Lehre vom Unrecht und vom Tatbestand	64
I. Rechtswidrigkeit und Unrecht	64
1. Rechtswidrigkeit als Verhaltenseigenschaft	64
2. Unrecht als das rechtswidrige Verhalten selbst	65
II. Behandlung des Unrechts im Straftatsystem	67
1. Tatbestand als Unrechtstypus	67
2. Zusammenfassung: Die verschiedenen Tatbestandsbegriffe	67
III. Elemente des Tatbestands als Unrechtstypus	68
1. Unrechtserhebliche generelle Tatmerkmale	68
2. Die einzelnen Elemente des Tatbestands im allgemeinen	69
a) Tatsubjekt	69
b) Tathandlung, Erfolg und Rechtsgutsbeeinträchtigung	69
c) Objektiver Tatbestand (äußerer Tatbestand, Tatbild) und subjektiver Tatbestand (innerer Tatbestand)	71
3. Zusammenfassung: Aufbau des Tatbestandes bei Vorsatz- und bei Fahrlässigkeitsdelikten	72
IV. Weitere Einteilungen der Deliktstatbestände	73
1. Abwandlungen: Grunddelikt, Qualifizierungen und Privilegierungen; selbständige Abwandlungen	73
2. Einteilungen nach dem äußeren Aufbau	73
a) Einfache Delikte und Mischdelikte	73
b) Einaktige und mehraktige Delikte	74
c) Delikte mit erweitertem Vorsatz („Delikte mit überschießender Innentendenz“, „Absichtsdelikte“) und Tendenzdelikte	74
d) Zustandsdelikte und Dauerdelikte	75
11. Kapitel: Der objektive Tatbestand (das Tatbild) des Vorsatzdelikts	76
I. Merkmale des Tatbestandes	76
II. Im besonderen: Die Tathandlung des Vorsatzdelikts	76
1. Schluß von der Erfolgsverursachung auf die Tathandlung	76
2. Entfall des äußeren Tatbestandes bei erlaubtem Risiko	77

3. Sozial-inadäquate Gefährlichkeit als notwendige Eigenschaft der Tathandlung	77
4. Risikoverringerung	78
12. Kapitel: Der Tatbestand des Fahrlässigkeitsdelikts	79
I. Wesen der Fahrlässigkeit	79
1. Fahrlässigkeit als eigenständige Unrechtsform	79
2. Fahrlässigkeit als Sorgfaltswidrigkeit	80
II. Objektive Sorgfaltswidrigkeit des Verhaltens	81
III. Weitere Tatbestandsmerkmale	83
IV. Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen	83
13. Kapitel: Kausalität und objektive Zurechnung des Erfolges	85
I. Objektive Zurechnung	85
1. Begriff der objektiven Zurechnung	85
2. Kausalität und objektive Zurechnung	85
II. Die Kausalität	86
1. Formel von der gesetzmäßigen Bedingung	86
2. Einzelne Kausalitätsprobleme	86
3. Die Eliminationsmethode	87
4. Kausalität als Wahrscheinlichkeitsurteil ex ante	88
5. Kausalität und Zweifelsgrundsatz	89
III. Spezifisch normative Verknüpfung zwischen Handlung und Erfolg (normative Zurechnung)	89
1. Kausalität und normative Zurechnung als zwei Stufen der objektiven Zurechnung	89
2. Die Stufen der normativen Zurechnung	90
a) Adäquanz	90
b) Lehre vom Risikozusammenhang (Schutzzweckzusammenhang, Schutzzweck der Norm, objektive Vorhersehbarkeit des Erfolges)	91
aa) Grundgedanke	91
bb) Prüfung des Risikozusammenhanges	92
cc) Fallgruppen	93
dd) Rechtsfolge	96
c) Risikoerhöhung gegenüber rechtmäßigem Alternativverhalten	96
aa) Problem	96
bb) Lehre von der Risikoerhöhung	97
cc) Einwendungen gegen die Lehre von der Risikoerhöhung	98
14. Kapitel: Vorsatz und Tatbildirrtum	100
I. Wesen des Vorsatzes	100
1. Vorsatz als Wissen und Wollen	100
2. Direkter Vorsatz und Eventualvorsatz	100
3. Besonderer Anwendungsbereich von Wissentlichkeit und Absichtlichkeit	101
4. Tatbildvorsatz und erweiterter Vorsatz	102
II. Einzelheiten	102
1. Gegenstand des Vorsatzes	102
2. Tatsachenkenntnis und Wertung	104
a) Kenntnis des sozialen Bedeutungsgehaltes als Gegenstand des Vorsatzes	104
b) Maßstab der Bewertung	106
3. Bewußtseinsform des Vorsatzes	106
4. Zeitpunkt des Vorsatzes	106

5. Konkretisierung des Vorsatzes und „dolus generalis“	108
6. Tatbestandsbezogenheit des Vorsatzes und dolus alternativus	108
III. Tatbildirrtum als Gegenstück des Vorsatzes	109
1. Begriff des Tatbildirrtums	109
2. Folgen des Tatbildirrtums	111
IV. Eventualvorsatz als Grenzform des Vorsatzes	111
1. Begriff	111
2. Möglichkeiten einer Abgrenzung von Vorsatz und Fahrlässigkeit	112
3. Gesetzliche Regelung	112
a) Wissens- und Willensseite	112
b) Vorsatz als Bewußtsein eines verbotenen Risikos	113
c) Deliktsspezifische Auslegung	113
V. Besondere subjektive Tatbestandsmerkmale	114
b) Ausschluß des Unrechts durch Rechtfertigungsgründe	
15. Kapitel: Das Wesen der Rechtfertigungsgründe	116
I. Formeller Ansatz	116
II. Materieller Ansatz	116
III. System der Rechtfertigungsgründe	117
16. Kapitel: Die einzelnen Rechtfertigungsgründe I: Wertekollisionen (Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung, ärztliche Heilbehandlung, Erziehung)	118
I. Einwilligung des Verletzten	118
1. Abgrenzung: Einwilligung als Tatbestandsmerkmal	118
2. Einwilligung des Verletzten als Rechtfertigungsgrund	119
3. Voraussetzungen	120
a) Einwilligung und Erklärung	120
b) Gegenstand der Einwilligung	120
c) Verfügungsbefugnis über das Rechtsgut	122
d) Anforderungen an die Einwilligung	124
e) Zeitpunkt der Einwilligung	125
4. Exkurs: Sportverletzungen	125
II. Mutmaßliche Einwilligung	126
1. Handeln im Interesse des Verletzten	126
2. Handeln bei mutmaßlich fehlendem Interesse des Berechtigten	128
III. Ärztliche Heilbehandlung	128
IV. Rechtsgutsverletzungen als Erziehungsmittel	129
17. Kapitel: Die einzelnen Rechtfertigungsgründe II: Notrechte (Notwehr, rechtfertigender Notstand, offensive Selbsthilfe)	131
I. Grundstruktur der Notrechte	131
1. Notsituation und Interessenkollision	131
2. Grundsatz der Interessenabwägung	131
II. Notwehr (§ 3)	132
1. Grundgedanke	132
2. Voraussetzungen der Notwehr	133
a) Notwehrsituation	133
aa) Angriff	133
bb) Rechtswidrigkeit	134
cc) Gegenwärtigkeit	135
dd) Notwehrfähige Rechtsgüter	135

b) Notwehrhandlung	137
3. Einschränkungen der Notwehr	139
a) Geringfügige Angriffe	139
b) Die sog Notwehrprovokation	140
c) Weitere Einschränkungen	141
4. Sonstige Notwehrprobleme	142
III. Rechtfertigender Notstand	144
1. Grundgedanke	144
2. Voraussetzungen der Rechtfertigung	145
a) Notstandssituation	145
b) Notstandshandlung	145
aa) Grundsatz der Güterabwägung	145
bb) Risiko und Rettungschance	146
cc) Zurechnungsprinzip	146
dd) Angemessenheitskorrektiv	147
3. Weitere Notstandsprobleme	148
IV. Offensive Selbsthilfe	149
18. Kapitel: Die einzelnen Rechtfertigungsgründe III:	
Weitere Rechtfertigungsgründe	152
I. Pflichtenkollision	152
1. Begriff	152
2. Grundsätze der Problemlösung	153
II. Ausübung von Amts- und Dienstpflichten	154
1. Rechtfertigung durch gesetzliche Eingriffsbefugnisse	154
2. Wichtige Eingriffsbefugnisse, insbes für die Polizei	155
3. Fehlen der Eingriffsermächtigung	157
4. Rechtmäßiger Widerstand gegen Amtshandlungen	157
5. Handeln auf Weisung und Befehl	157
III. Anhalterecht Privater (§ 86 Abs 2 StPO)	158
1. Rechtfertigungssituation	158
2. Rechtfertigungshandlung	159
3. Abgrenzung	159
19. Kapitel: Subjektive Rechtfertigungselemente	161
I. Das Problem	161
II. Lösung	161
III. Andere Lösungsvorschläge	162
IV. Inhalt des subjektiven Rechtfertigungselements	163
20. Kapitel: Irrtümliche Annahme eines rechtfertigenden Sachverhalts (§ 8) ..	165
I. Wesen des § 8-Irrtums	165
II. Abgrenzung	165
III. Gesetzliche Regelung	166
IV. Rechtsnatur des Strafausschlusses	166
V. Abschlußbeispiel	167
c) Schuld	
21. Kapitel: Grundlagen und Aufbau des Schuldbegriffs	169
I. Schuld im Straftatsystem (Strafbegründungsschuld)	169
II. Inhalt des Schuldvorwurfs	169
III. Übersicht über die einzelnen Schuld Elemente	170

22. Kapitel: Zurechnungsunfähigkeit	172
I. Grundlagen	172
II. Zurechnungsunfähigkeit infolge jugendlichen Alters	173
III. Zurechnungsunfähigkeit infolge psychischer Störungen (§ 11)	173
IV. Verminderung der Zurechnungsfähigkeit	174
V. Zusammenfassung: Auswirkungen der Berausung im Strafrecht	175
1. Handlungsunfähigkeit	175
2. Volle Berausung	175
a) Entfall der Schuld	175
b) Actio libera in causa	175
c) Begehung einer mit Strafe bedrohten Handlung im Zustand voller Berausung (§ 287)	176
3. Minderrausch	178
23. Kapitel: Unrechtsbewußtsein und Verbotsirrtum	179
I. Sachverhaltskenntnis und Kenntnis der Verbotsnorm	179
II. Aktuelles Unrechtsbewußtsein	180
III. Vorsatz und Unrechtsbewußtsein	181
IV. Gesetzliche Regelung des Verbotsirrtums nach § 9 StGB	182
1. Begriff und Abgrenzung	182
2. Rechtsfolgen	183
3. Kriterien der Vorwerfbarkeit (§ 9 Abs 2)	183
V. Finanzstrafgesetz	184
24. Kapitel: Besondere Entschuldigungsgründe	185
I. Allgemeines	185
1. Grundgedanke	185
2. Entschuldigung bei Unzumutbarkeit rechtmäßigen Verhaltens	185
3. Schuldaußschluß und Vergleich mit dem Verhalten eines maßgerechten Menschen	186
4. Übersicht über die wichtigsten Entschuldigungsgründe	186
II. Entschuldigender Notstand (§ 10)	187
1. Notstandslage	187
2. Notstandshandlung	188
3. Rettungswille (subjektive Elemente der Entschuldigung)	190
4. Notstandshilfe	190
5. Rechtsfolge	190
6. Verhältnis des § 10 zu Entschuldigungsgründen des Besonderen Teils	191
III. Notwehrüberschreitung aus asthenischem Affekt (§ 3 Abs 2)	191
1. Grundgedanke	191
2. Anwendungsbereich	192
3. Voraussetzungen und Rechtsfolge	192
IV. Putativnotwehrüberschreitung aus asthenischem Affekt	193
V. Irrtümliche Annahme eines entschuldigenden Sachverhalts	193
25. Kapitel: Besondere Schuldmerkmale (sog „Schuldtatbestand“)	195
I. Begriff	195
II. Fallgruppen	195
III. Praktische Bedeutung	196
26. Kapitel: Besonderheiten der Fahrlässigkeitsschuld	197
I. Schuldfähigkeit und Unrechtsbewußtsein	197

II. Positiv zu prüfende Schuldmerkmale	197
1. Subjektive Sorgfaltswidrigkeit	197
2. Subjektive Zurechenbarkeit des Erfolges	199
3. Zumutbarkeit rechtmäßigen Verhaltens	199
d) Zusätzliche Voraussetzungen der Strafbarkeit	
27. Kapitel: Zusätzliche Voraussetzungen der Strafbarkeit	201
I. Begriff und praktische Bedeutung	201
II. Einzelne Fälle	202
1. Objektive Bedingungen der Strafbarkeit	202
2. Strafausschließungsgründe	203
3. Strafaufhebungsgründe	204
C) Der Versuch	
28. Kapitel: Wesen und Strafbarkeit des Versuchs	205
I. § 15 StGB als Strafausdehnungsnorm	205
II. Vollendung und (materielle) Beendigung (Vollbringung)	205
III. Versuch und Vorbereitung	207
1. Versuch	207
2. Vorbereitung	209
IV. Strafbarkeit des Versuchs	210
1. Reine Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte	210
2. Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen	211
3. Unternehmens-, Vorbereitungs- und Beihilfedelikte	213
V. Zum Strafgrund des Versuchs	215
1. Einzelne Theorien	215
2. Einzelne Argumente zu den Theorien	216
3. Zusammenfassende Bewertung und Konsequenzen	218
29. Kapitel: Die Merkmale des Versuchs nach § 15 StGB	219
I. Übersicht	219
II. Tatentschluß	220
1. Gegenstand des Tatentschlusses	220
2. Bewußtseins- und Willensinhalt	222
III. Die Versuchshandlung (Abgrenzung von Vorbereitung und Versuch)	223
1. Wesen	223
2. Ausführungshandlung als Ausgangspunkt	224
3. Ausdehnung der Versuchsstrafbarkeit auf die sog ausführungsnahen Handlungen	225
4. Fallgruppen und Einzelfälle	227
30. Kapitel: Der straflose untaugliche Versuch	232
I. Das Problem	232
II. Versuchsdefinition und Tauglichkeit des Versuchs	233
1. Lehre vom Mangel am Tatbild	233
2. Tauglichkeit als Voraussetzung des strafbaren Versuchs	234
3. Anwendungsbereich der Tauglichkeitsregel	235
III. Auslegung	235
1. Rechtsprechung vor dem StGB	235
2. Lehre vom begleitenden Beobachter	236

3. Lehre von der objektiven Untauglichkeit	238
4. Besondere Einzelfälle	241
5. Ausblick	242
31. Kapitel: Rücktritt vom Versuch (§ 16)	244
I. Tataufgabe und Schadensgutmachung als Strafaufhebungsgründe	244
II. Grund der Strafaufhebung	245
III. Wirkungen des Rücktritts	246
IV. Voraussetzungen für den Rücktritt des Einzeltäters	246
1. Rücktrittswille und Rücktrittsleistung	246
2. Beendeter Versuch	247
a) Begriff	247
b) Rücktritt durch Abwenden des Erfolges	247
c) Rücktritt durch Bemühen	247
3. Unbeendeter Versuch	248
a) Rücktritt durch Aufgeben der Ausführung	248
b) Ausschuß des Rücktritts beim fehlgeschlagenen Versuch	249
c) Rücktritt bei Delikten mit mehraktigen oder wiederholten Ausführungshandlungen	250
aa) Das Problem	250
bb) Lösungsmöglichkeiten	250
cc) Stellungnahme	253
dd) Ergebnis	254
V. Freiwilligkeit	254
VI. Rücktritt bei Beteiligung mehrerer	255
D) Beteiligung mehrerer	
32. Kapitel: Grundlagen der Beteiligungslehre	256
I. Gesetzliche Formulierung der Deliktsbeschreibungen des Besonderen Teils als Ausgangspunkt	256
II. Das Teilnahmesystem der Beteiligung	257
1. Prinzip des Teilnahmesystems	257
2. Qualitative und quantitative Akzessorietät	258
3. Probleme des Teilnahmesystems	258
a) Abweichungen von Typisierung und kriminellem Gewicht des Beitrags	258
b) Strafbarkeitslücken	259
c) Erweiterung des Täterbegriffes	259
d) Nicht schließbare Lücken	259
III. Die Lehre vom Einheitstäter	260
1. Prinzip des Einheitstätersystems	260
2. Probleme des Einheitstätersystems	261
a) Begriffsbildung und Gleichwertigkeit der Täterformen	261
b) Ausdehnung der Versuchsstrafbarkeit	262
c) Beteiligung an einem tatbestandslosen Verhalten	262
IV. Die Einheitstäterregelung des österreichischen Strafrechts	262
1. Grundsätzliche Entscheidung für das Einheitstätersystem	262
2. Strafflosigkeit der versuchten Beitragstäterschaft	263
3. Keine qualitative Akzessorietät	265
4. Unabhängige Strafbarkeit aller Beteiligten bei voller Tatbestandsverwirklichung	266

33. Kapitel: Die drei Täterschaftsformen des § 12 StGB	268
I. Unmittelbare Täterschaft	268
1. Vornahme der Ausführungshandlung	268
2. Keine unmittelbare Täterschaft bei Handeln durch ein menschliches Werkzeug	268
3. Konsequenzen der formalen Abgrenzung	269
4. Sonderfälle	270
a) Mittäterschaft bei arbeitsteiligem Vorgehen	270
aa) Zusammenwirken bei der Tatausführung	270
bb) Wechselseitige Zurechnung der Erfolge	271
b) Unmittelbare Täterschaft bei mehraktigen Delikten	272
aa) Unmittelbare Täterschaft durch Ausführung des letzten Teilaktes	272
bb) Keine „sukzessive Mittäterschaft“	272
II. Beitragstäterschaft in zwei Formen	273
III. Bestimmungstäterschaft (Anstiftung)	273
1. Inhalt des Bestimmens	273
2. Voraussetzungen der Bestimmungstäterschaft	274
3. Bestimmung zur unvorsätzlichen Tatausführung	275
4. Bestimmungshandlung	276
IV. Täterschaft durch sonstigen Beitrag (Beihilfe)	276
1. Wesen	276
2. Voraussetzungen	276
3. Beitragstäterschaft bei unvorsätzlicher Tatausführung	277
4. Beitragshandlung	279
a) Physische und psychische Unterstützung	279
b) Sozial-adäquate Handlungen	280
c) Zeitpunkt der Unterstützung	281
V. Übergreifende Probleme	282
1. Selbständige Strafbarkeit der Beteiligten	282
2. Vorsatzprobleme	283
a) Vollendungsvorsatz	283
b) Besondere Vorsatzformen	283
c) Konkretisierung des Vorsatzes	285
d) Error in objecto und aberratio ictus	285
e) Exzeß des unmittelbaren Täters	286
3. Rechtfertigung eines Tatbeteiligten	287
4. Mitwirkung an fremder Selbstgefährdung und Selbsttötung	288
a) Eigenverantwortliches Opfer	288
b) Nicht eigenverantwortliches Opfer	289
c) Einverständliche Fremdgefährdung	289
VI. Ausblick: Verdeckte unmittelbare Täterschaft?	289
1. Möglichkeit der unmittelbaren Täterschaft bei Verwendung eines menschlichen Werkzeuges	289
2. Ablehnung in der Praxis	290
34. Kapitel: Beteiligung und Versuch	292
I. Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen den drei Täterformen	292
II. Versuch der unmittelbaren Täterschaft	292
III. Beteiligung an einem Versuch	293
1. Beteiligung an einer vorsätzlichen Tatausführung	293
2. Versuch auch bei fehlendem Tatvorsatz des unmittelbar Ausführenden	293
a) Ausführung durch einen anderen	293

b) Abhängigkeit nicht vom Vorsatz, aber vom Handlungswillen	294
c) Versuch nur bei tatsächlicher Gefährdung des Rechtsgutes	295
3. Voraussetzungen der Beteiligung an einem Versuch	296
a) Bestimmungstäterschaft	296
b) Sonstiger Beitrag	296
IV. Versuchte Beteiligung	297
1. Strafbarkeit der versuchten Bestimmungstäterschaft	297
a) Voraussetzungen	297
b) Erscheinungsformen	297
c) Versuchsbeginn bei der Bestimmungstäterschaft	298
d) Kriminalpolitische Bedenklichkeit der weiten Versuchsstrafbarkeit	298
e) Anwerben von Mittätern als versuchte Bestimmung?	299
2. Strafflosigkeit des versuchten sonstigen Beitrags	299
35. Kapitel: Beteiligung mehrerer am Sonderdelikt	301
I. Grundsätze	301
II. § 14 als Strafausdehnungsnorm	302
1. Unrechts- und schuldrelevante Täterqualifikationen	302
2. Abgrenzung	302
III. Anwendung	303
1. Beteiligung im allgemeinen	303
2. Beteiligung an unvorsätzlichem Handeln des Qualifizierten	305
a) Grundsätzliche Möglichkeit der Beteiligung an unvorsätzlichem Handeln	305
b) Mitwirkung des Qualifizierten „in bestimmter Weise“ (§ 14 Abs 1 Satz 2)	305
c) Anwendung auf Amtsmißbrauch und Untreue	305
d) Weitere Delikte	307
3. Eigenhändige Delikte	308
IV. Sonderregeln	309
1. Militärdelikte	309
2. Begehung im Familienkreis	309
36. Kapitel: Besondere Probleme der Beteiligung mehrerer	310
I. Prozessuale Probleme	310
1. Beteiligungsform und Nichtigkeitsgründe	310
2. Wahlfeststellungen	311
3. Fragestellung im geschworenengerichtlichen Verfahren	312
II. Kettenbeteiligung	312
III. Zusammentreffen mehrerer Beteiligungsformen in einer Person	313
IV. Notwendige Beteiligung	314
V. Beteiligungähnliche Deliktstypen des Besonderen Teils	315
VI. Beteiligung mehrerer am Fahrlässigkeitsdelikt	315
1. Anwendung des § 12	315
2. Objektive Sorgfaltswidrigkeit	316

E) Das Unterlassungsdelikt (Besonderheiten)

37. Kapitel: Besonderheiten der Unterlassungsdelikte	318
I. Grundlagen der Unterlassungshaftung	318
1. Echte und unechte Unterlassungsdelikte	318
2. Tun (Handeln) und Unterlassen	319

II. Der objektive Tatbestand (Tatbild) der Unterlassungsdelikte	322
1. Besondere Merkmale aller Unterlassungsdelikte	322
a) Pflichtbegründende Sachlage	322
b) Unterlassung	322
c) Objektive Möglichkeit	322
2. Weitere äußere Tatmerkmale der Erfolgs-Unterlassungsdelikte: Erfolg und Kausalität der Unterlassung	323
3. Weitere äußere Tatmerkmale der Garantenunterlassungsdelikte (insbesondere bei der Begehung durch Unterlassung, § 2): Garantenstellung	325
a) Gesetzliche Merkmale der Garantenpflicht	325
b) Formale Einteilung	326
c) Inhaltliche Bestimmung	326
aa) Obhutsgaranten	327
bb) Überwachungsgaranten	328
4. Bei Begehung durch Unterlassung (§ 2): Gleichwertigkeitsklausel	330
III. Vorsatz und Fahrlässigkeit	331
1. Vorsatzdelikt	331
2. Fahrlässigkeitsdelikt	332
IV. Rechtswidrigkeit und Schuld	333
V. Versuch des Unterlassungsdelikts	334
VI. Beteiligung mehrerer beim Unterlassungsdelikt	335
Anhang: Schema der Fallprüfung	337
Sachverzeichnis	343